

---

FDP Friedberg

## **WETTERAUER FDP-ABGEORDNETE UND FRIEDBERGER FDP BESUCHEN ZENTRUM FÜR JUGENDBERATUNG UND SUCHTHILFE FÜR DEN WETTERAUKREIS IN FRIEDBERG**

30.07.2020

---

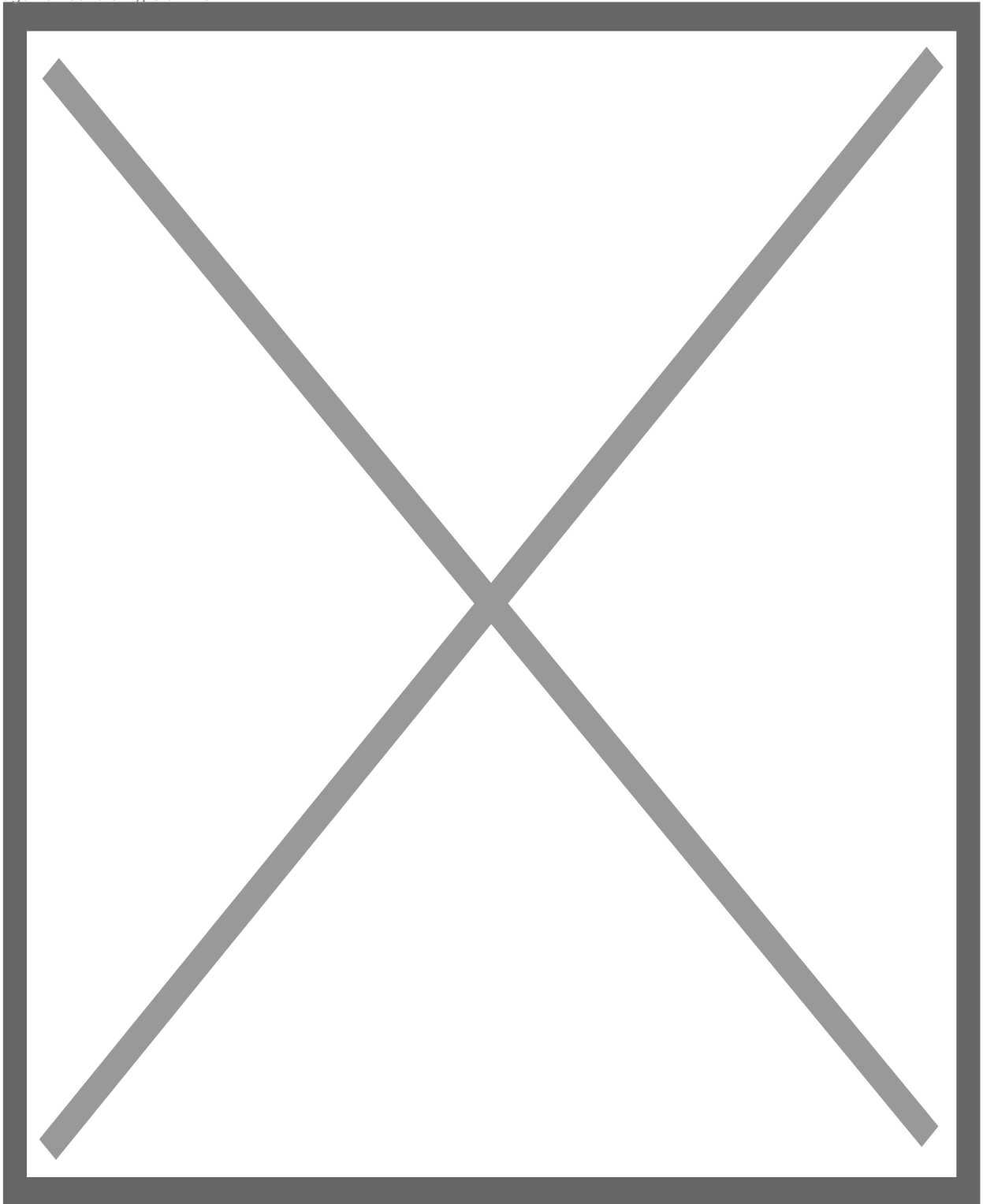
Im Rahmen ihrer Sommertour haben die Wetterauer FDP-Bundestags- und Landtagsabgeordneten Peter Heidt und Dr.h.c. Jörg-Uwe Hahn gemeinsam mit dem Kreisbeigeordneten Wolfgang Patzak und Dr. Markus Schmidt vom FDP-Ortsverband Friedberg das Zentrum für Jugendberatung und Suchthilfe (ZJS) für den Wetteraukreis besucht.

Ob Drogen oder Glücksspiel, die Anzahl der suchtkranken Menschen steigt. Die Friedberger Beratungsstelle, die sich seit 2017 in der Friedberger Bismarckstraße befindet, ist Anlaufstelle für Menschen mit unterschiedlichen Suchtproblemen. Die FDP-Politiker besuchten den Hauptstandort des Zentrums für Jugendberatung und Suchthilfe in Friedberg, wo vier Mitarbeiter arbeiten. Eine Außenstelle des Zentrums befindet sich in Büdingen, es gibt Suchthilfe- und Suchtpräventionsangebote in Bad Vilbel und Karben, sowie Außensprechzeiten in Nidda und Butzbach. Im Bereich Jugendhilfe hat das ZJS die kommunale Jugendarbeit in Rosbach und in Altenstadt übernommen, ebenso die Flüchtlingshilfe in beiden Kommunen.

Hans Peter Krämer, Leiter des ZJS in Friedberg, Hans Böhl, Leiter des Trägervereins Jugendberatung und Jugendhilfe e.V. (JJ) in Frankfurt und Mona Leppla, Leiterin des Fachbereichs Ganztagsbetreuung JJ und -angebote, berichteten den FDP-Politikern von den Strukturen den Einrichtungen des Zentrums für Jugendberatung und Suchthilfe für den Wetteraukreis und erläuterten die Angebote und Leistungen. Das ZJS bietet Hilfe und Beratung für Jugendliche und Erwachsene mit Suchtproblemen, deren Angehörige und weitere Bezugspersonen im gesamten Wetteraukreis. Der Verein JJ e.V. mit seinem

Hauptsitz in Frankfurt beschäftigt insgesamt mehr als 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Image not found or type unknown



(Von links nach rechts: Dr. Markus Schmidt, Peter Heidt, Mona Leppla, Hans-Peter Krämer, Hans Böhl, Wolfgang Patzak, Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn)

Im vergangenen Jahr haben 1001 Menschen das Beratungsangebot des ZJS genutzt, darunter 267 Personen unter 21 Jahren, berichtete Krämer. Man habe auch 148 Angehörige beraten. Gerade die Einbeziehung und Beratung der Familien und Freundeskreise ist ein wichtiger Baustein des Konzepts vom ZJS. Auch in den letzten Monaten während der Einschränkungen durch die Corona-Krise standen die Mitarbeiter Rat- und Hilfesuchenden (unter Einhaltung der Sicherheitsvorschriften) zur Verfügung.

Angeboten werden Dienstleistungen in den Bereichen Suchthilfe, Gesundheitsförderung, Integrationshilfen sowie Jugend- und Familienhilfe. Im Bereich Prävention und Suchtberatung in Schulen bietet das Zentrum mit seiner Fachstelle „Prävention in Schulen“ an allen weiterführenden Schulen im Wetteraukreis Präventionsarbeit und Beratung an. Peter Heidt, Mitglied im Bildungsausschuss des Deutschen Bundestags, interessierte sich für die Entwicklung der Drogenproblematik an Schulen. Es gebe eine Zunahme beim Konsum von Cannabis und chemischen Drogen an den Wetterauer Schulen, berichtete Hans Peter Krämer. Insgesamt sei die Nachfrage nach Beratung bei Suchterkrankungen steigend. Bei der Prävention in Schulen wird noch eine zusätzliche Teilzeitstelle besetzt. Schulsozialarbeit wird von JJ an 35 Schulen im Wetteraukreis geleistet. In der Ganztagsbetreuung betreuen Mitarbeiter und Übungsleiter an 15 Schulen in der Wetterau Schülerinnen und Schüler, so Leppla.

Für Ende 2020 ist die Eröffnung einer intensiv pädagogischen Einrichtung in Rockenberg geplant, in der dann bis zu 6 Jugendliche betreut werden.

Auf die Frage nach den Erfahrungen des ZJS mit dem Bundesteilhabegesetz erklärte Hans Böhl, dass die Verbesserung der Teilhaben explizit im Leitbild von JJ verankert sei. Man könne den Gedanken, der zur Veränderung des Gesetzes geführt hatte, nachvollziehen. Es gebe aber Probleme in der Administration, so sei die Trennung schwierig, wenn hier etwa bei Menschen, die im betreuten Wohnen versorgt werden, zwischen Kosten für Lebensunterhaltung und Behandlung unterschieden werden müsse. Die Veränderungen am Gesetz machen für die Träger einiges komplizierter und habe zu höheren Verwaltungskosten geführt. Die Bundes- und Landes- und Kreis- und Kommunalpolitiker Heidt, Hahn, Patzak und Schmidt wünschten dem ZJS weiterhin viel Erfolg bei seiner wichtigen Arbeit in den Bereichen Suchtberatung und -prävention.